

Erklärung zum 9. November 2023

Der 9. November ist ein schicksalhaftes Datum in der deutschen Geschichte. So markierte der 9. November 1918 den Übergang Deutschlands von einer Monarchie zur ersten deutschen Republik, der 9. November 1989 den Mauerfall.

Doch der 9. November erinnert uns auch an die dunkelsten Kapitel unserer Geschichte. Vor 100 Jahren unternahm die Nationalsozialisten unter der Führung Adolf Hitlers den Versuch, von München aus die Weimarer Republik in einem Putsch gewaltsam zu stürzen.

15 Jahre später, nachdem sie 1933 die Macht errungen hatten, verübten die Nationalsozialisten in der Nacht vom 9. November 1938 ein Pogrom an der jüdischen Bevölkerung. 267 Synagogen und mehr als 7.000 jüdische Geschäfte wurden in Brand gesetzt und geplündert. 91 Menschen wurden getötet und zigtausende in Konzentrationslager verschleppt. Mit den Gewaltaktionen dieser Nacht schlug die seit 1933 praktizierte Diskriminierung von Jüdinnen und Juden in Deutschland in eine systematische Verfolgung um, die die Vernichtung zum Ziel hatte und in den Gaskammern von Auschwitz endete.

So ist der 9. November für uns auf immer mit der Shoah verbunden – mit schändlichsten Gräueltaten der Menschheitsgeschichte. Für uns ist klar, dass sich aus dieser Geschichte, aus den damals begangenen Verbrechen des Nationalsozialismus, für das freiheitliche, demokratische Deutschland eine besondere Verantwortung ableitet.

Es ist unsere Verantwortung, jüdisches Leben in Deutschland zu schützen. Es ist unsere Verantwortung, für den Staat Israel als sicherer Zufluchtsort für Jüdinnen und Juden einzustehen. Es ist unsere Verantwortung, für das friedliche Miteinander von Menschen aller Religionen und Kulturen in Deutschland einzutreten. Zu dieser Verantwortung bekennen wir, die versammelten Vertreterinnen und Vertreter von Religionen und gesellschaftlichen Gruppen in Nordrhein-Westfalen, uns ohne Vorbehalt.

Im Lichte des barbarischen Angriffs der Hamas gegen Israel am 7. Oktober 2023 legen wir dieses Bekenntnis mit besonderem Nachdruck ab. Wir verurteilen die brutalen Gewalttaten der Hamas und wenden uns entschieden gegen die Verleugnung des Existenzrechts Israels.

Wir verurteilen ebenso deutlich den aufflammenden Antisemitismus auf deutschen Straßen. Es ist inakzeptabel, wenn der Terror der Hamas auf unseren Straßen bejubelt oder auch nur relativiert wird. Es ist unerträglich, dass 85 Jahre nach der Reichspogromnacht, Jüdinnen und Juden in Deutschland wieder Grund haben, den Gang auf die Straße zu fürchten, dass sie Sorge um ihre Kinder in Kindergärten und Schulen haben. Nicht minder inakzeptabel ist der Antisemitismus, der nicht auf die Straße geht, aber in der Mitte unserer Gesellschaft bestand und besteht. Antisemitismus, egal in welcher Form, darf in Deutschland keinen Platz haben. Ihn, wo auch immer er auftritt, vorbehaltlos zu bekämpfen, ist Aufgabe und Verpflichtung aller Menschen in unserem Lande. Es ist die Grundlage unserer liberalen, demokratischen Gesellschaft, dass Menschen jedweder Religion und Weltanschauung ihre Auffassungen frei vertreten dürfen.

Wir müssen in diesen schwierigen Tagen unter Beweis stellen, dass sich Deutschland seiner historischen Verantwortung bewusst ist und ihr entsprechend handelt. Wir werden das in Nordrhein-Westfalen sicherstellen.

#niewiederistjetzt

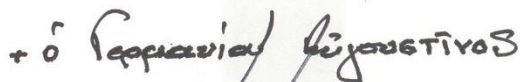
Als Vertreter der Katholischen Kirche
in Nordrhein-Westfalen


Rainer Maria Kardinal Woelki

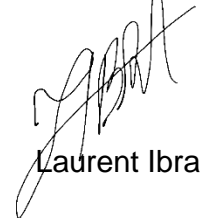
Für die evangelischen Landeskirchen
in Nordrhein-Westfalen


Präses Annette Kurschus

Für die Griechisch-Orthodoxe
Metropolie in Deutschland


Metropolit Augoustinos von
Deutschland

Für den Koordinationsrat der Muslime


Laurent Ibra

Verband der Islamischen
Kulturzentren


Ali Yilmaz

Für die jüdischen Landesverbände in
Nordrhein-Westfalen


Abraham Lehrer

Die Antisemitismusbeauftragte des
Landes Nordrhein-Westfalen


Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

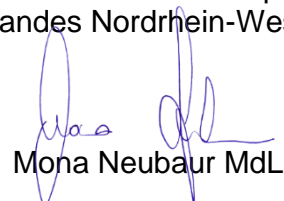
Für die Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen


Anja Weber

Für die Arbeitgeber in
Nordrhein-Westfalen


Arndt Günter Kirchhoff

Die stellvertretende Ministerpräsidentin
des Landes Nordrhein-Westfalen


Mona Neubaur MdL

Der Ministerpräsident des
Landes Nordrhein-Westfalen


Hendrik Wüst MdL